

Glosse zum 1. April 2014

Regierung garantiert 0% Unterrichtsausfall!

Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen zu vernehmen ist, wird am Dienstagabend ein Maßnahmenplan vorgestellt, der in Zukunft dafür sorgen soll, dass kein Unterricht mehr ausfällt.

Zu den Gründen hieß es aus Kreisen der Regierungskoalition: „Ich bin es leid, immer wieder mit Zweifeln an unserer Statistik und diversen Petitionen konfrontiert zu werden.“ und „Wir fahren jetzt die Nulltoleranzlinie bei Unterrichtsausfall!“.

Im Einzelnen sieht die Vorlage folgende Maßnahmen vor:

An Grundschulen werden in Zukunft Jahrgangsteams mit bis zu drei Klassen die 100%-Versorgung sicherstellen. Dafür erhält jedes Team eine Lehrkraft mehr, damit kurzfristige Vertretungen unterrichtsnah gestaltet werden können.

In inklusiven Klassen unterrichten immer zwei Lehrkräfte.

Gesamt- und Oberschulen können auf Antrag ein ähnliches Modell fahren. Dazu muss die Schulkonferenz ein entsprechendes Konzept erarbeiten und dem Schulamt vorlegen.

An weiterführenden Schulen werden in den Hauptfächern mindestens 3 Lehrkräfte für je zwei Klassen eingesetzt. Damit werden verstärkt leistungsdifferenzierte Gruppen gebildet und im Vertretungsfall kennt der Lehrer die Klasse.

Gymnasien und Berufsschulen führen selbstorganisierten Unterricht in Höhe von 20% verpflichtend durch. Zur Aufsicht können dann auch fachfremde Lehrkräfte flexibel eingesetzt werden. Die Schulvisitation überprüft die Qualität des selbstorganisierten Unterrichts. Lehrkräfte erhalten ein Jahresarbeitszeitkonto, so dass Spitzenbelastungen durch Mehrarbeit abgefangen werden können. Die Überstunden werden in Monaten mit geringem Krankenstand abgefeiert.

Auch Beamte erhalten in Zukunft nach 6 Wochen Dienstunfähigkeit weniger Gehalt – analog zu Angestellten. Damit erhofft man sich einen Rückgang der langfristigen Erkrankungen. Elternvertreter kontrollieren die Unterrichtsausfallstatistik vor Ort. Dazu werden von den Elternkonferenzen sogenannte Stundenwächter benannt, die Ausfall- und Vertretungsstatistik prüfen und Zugriff auf alle Klassenbücher haben.

Wenn wider Erwarten die Maßnahmen nicht ausreichend greifen, wird ab Schuljahr 2014/15 die Vertretungsreserve nochmals erhöht.

Zweifel an der Finanzierung werden aus dem Finanzministerium zurückgewiesen: „Durch die Aktivierung versteckter Rücklagen und vorgezogene Öffnung des BER ist die Finanzierung gesichert. Außerdem denken wir über eine Bildungsabgabe für Millionäre nach.“.

Protest gibt es von der Lehrgewerkschaft, die eine Deckelung der wöchentlichen Arbeitszeit fordert und Mehrarbeit mit entsprechenden Überstundenzuschlägen honoriert sehen will. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit könne nur mit der Einführung des Streikrechts für Lehrer einhergehen. Letzteres wird wiederum vom Beamtenbund heftig abgelehnt. Der Staatssekretär zeigt sich verhandlungsbereit, verweist in diesem Zusammenhang aber auf Zuständigkeiten des Bundes.

Und die Opposition?

Die Opposition fühlt sich übergangen und gibt keine öffentlichen Erklärungen ab. Dennoch sickern die unterschiedlichen Positionen durch.

Eine große Oppositionspartei will sich inhaltlich nicht äußern, verweist auf die kommenden Landtagswahlen und kündigt an, in einer möglichen Koalition das Vorhaben konstruktiv mitgestalten zu wollen.

Eine kleine Oppositionspartei begrüßt die Maßnahmen im Grundsatz, weist aber darauf hin, dass sie viel zu spät kommen und dass die Regierung die Bildung vor die Wand gefahren habe. Der selbstorganisierte Unterricht solle vor allem Klima-, Umwelt- und Tierschutz beinhalten.

Eine weitere Oppositionspartei spricht von einem Offenbarungseid der Ministerin und fordert ihren Rücktritt. Sponsoring durch Unternehmen könnte die Finanzsituation der Schulen verbessern. Millionäre sollten von der Bildungsabgabe befreit werden, wenn ihre Kinder auf eine Privatschule gehen.

Eine sehr kleine außerparlamentarische Partei würde dem Maßnahmenkatalog nur zustimmen, wenn gleichzeitig festgelegt wird, dass die Schulen eine finanzielle Pauschale erhalten und autonom über die bauliche und personelle Ausstattung verfügen können.

Eine andere außerparlamentarische Oppositionspartei meldet erhebliche Bedenken an, denn der Maßnahmenkatalog untergrabe tendenziell die Stabilität des Euro.
apd, 1. April 2014 ;o))